



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe Genossinnen und Genossen,

eine aufregende Berliner Woche liegt hinter uns. Leider standen dabei nicht unsere Inhalte im Vordergrund. Das wird in der kommenden Woche wieder anders. Die Arbeit in den einzelnen Fachgebieten geht jedenfalls ziemlich unaufgeregt weiter. Bei uns steht zum Beispiel das Thema Energiewende an, wo wir gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus Bayern zu einem Gespräch mit Sigmar Gabriel zusammenkommen, um unsere speziellen Anliegen aus süddeutscher Sicht vorzubringen. Meine Wahlkreiswoche habe ich darum auch genutzt, um zum Thema Energiewende verschiedene Gespräche in Stuttgart zu führen.

In der Sozialpolitik geht es weiter um die Ausgestaltung der Rente ab 45 Beitragsjahren mit vielen komplizierten Regelungen und gleichzeitig beginnt das Ministerium auch den Dialog zur Ausgestaltung des Mindestlohns. In meinem Fachbereich steht außerdem die Konstituierung der Kommission zur Begleitung des Standortauswahlgesetzes an, mit der die Kriterien festgelegt werden sollen, nach denen wir nach einem Lager für hochradioaktiven Abfall suchen. Ihr seht, eine lange Liste von wichtigen Themen. Ich halte Sie und euch auf dem Laufenden,

herzliche Grüße

---

## Rede zu Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

„Dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg wird es nämlich nur geben, wenn wir eine Politik machen, die die Ressourcen schont und auch die Lebensqualität erhöht. Politik, die für gesunde Umwelt und gute Lebensqualität sorgt, ist aus sozialdemokratischer Sicht und sicherlich auch aus Sicht der Großen Koalition eben nicht nur eine Politik für ein begrenztes Feld, sondern es ist auch eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, die darauf abzielt, für alle Menschen ökologisch annehmbare Bedingungen zu schaffen.“

→ [ganze Rede ansehen](#)

→ [Protokoll zur Rede](#)

## Rede zu Ernährung und Landwirtschaft

„Es ist gut, wenn die Agrarpolitik öffentliche Aufmerksamkeit bekommt. Ich denke, dass wir im Koalitionsvertrag zwar keine Revolution beschlossen, aber immerhin deutliche Wegmarken gesetzt haben, auch für Neues. Ich will das am Beispiel von Tierhaltung und Tierwohl erläutern – ich habe mich gefreut, Herr Minister, dass auch Sie das in Ihrer Rede herausgestellt haben –: Es ist unser Ziel, dass die Tierhaltung an die Bedürfnisse der Tiere angepasst wird und nicht umgekehrt. Das ist für unser Politikverständnis ein wichtiger Punkt.“

→ [ganze Rede ansehen](#)

→ [Protokoll zur Rede](#)

## Gen-Gezänk

Da das Thema Gen-Mais und grüne Gentechnik doch sehr die Gemüter erhitzt, möchte ich hier ein paar ausführlichere Fakten zum Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion im Bundestag und der Bundesregierung auf EU-Ebene anführen:

Mit der Ablehnung des Grünen-Antrags für ein Verbot der Gen-Maislinie 1507 hat die SPD-Bundestagsfraktion selbstverständlich nicht für die Zulassung von Gen-Mais gestimmt. Die SPD lehnt den Anbau und Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen wie die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor ab. Die SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Parteitag hatten die Bundesregierung deshalb auch ausdrücklich aufgefordert, in Brüssel mit Nein zu stimmen.



Allerdings mussten wir aus Gründen der Koalitionsräson gegen den Antrag der Grünen votieren. Ansonsten hätten wir die Große Koalition gefährdet. Es ist übrigens ein beliebtes Spiel der Oppositionsfraktionen Anträge neu einzubringen, die zum Teil in der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit einer Fraktion erarbeitet wurden, die nun an der Regierung beteiligt ist. Aber wir konnten im Koalitionsvertrag eben nicht alles umsetzen, was wir uns gewünscht haben, auch wenn wir viele andere uns wichtige Themen verankern konnten. Dieser Vertrag hat nun für uns wie auch für die Union Gültigkeit und kann nicht wegen eines einzelnen Themas aus Kraft gesetzt werden.

Über das Abstimmungsverhalten Deutschlands auf EU-Ebene wurde im Bundeskabinett entschieden und nicht im Bundestag. Die Enthaltung ist ein Ergebnis des konsequenten Nein der SPD zur Zulassung von Genmais, da sich die beteiligten SPD-Ressorts Wirtschaft, Umwelt und Justiz deutlich gegen eine Zulassung ausgesprochen haben. Allerdings gab es ein klares Ja zur Zulassung von Seiten der CDU-geführten Ressorts Forschung und Gesundheit und insbesondere auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Die Entscheidung sich auf EU-Ebene zu enthalten, resultierte letztendlich daraus, dass es innerhalb der Bundesregierung keine einheitliche Meinung gab. Und dann ist es Usus – wie bei vielen anderen Themen auch – mit Enthaltung zu votieren.

Ohne das Nein unserer Ressorts hätte Deutschland also Ja gestimmt. Das muss hier einmal ganz deutlich gesagt werden!

Zum Thema Glaubwürdigkeit das hierbei immer wieder gerne vorgebracht wird, möchte ich nur eines anmerken: Ginge es nach Anzahl der Anfragen die mich erreichten, müsste das Thema Gen-Mais bzw. grüne Gentechnik eines der wichtigsten für die Wahlentscheidung in der letzten Bundestagswahl gewesen sein. Wenn aber – wie aktuelle Umfragen bestätigen – fast 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger gegen grüne Gentechnik sind, dann dürften eigentlich nicht fast 42 Prozent Merkel und die CDU wählen, die sich schon immer klar für die grüne Gentechnik ausgesprochen haben. ;-)

## Auf der IGW – Internationale Grüne Woche

Die Internationale Grüne Woche ist die weltgrößte Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau. Ein Besuch der Stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden für diesen Bereich hat daher Tradition. Zum Rundgang gehören auch Fachgespräche vor Ort, u.a. mit den Tourismusgesellschaften des Landes Baden-Württemberg, dem Deutschen Bauernverband, der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau sowie dem Bund für Ökologische Lebensmittelwirtschaft.

*Bild oben:  
Rundgang in der Biohalle*

*Bild unten:  
Besuch am Stand von Baden-Württemberg*



## Abgeordnetenbestechung endlich strafbar

Ein Abgeordneter, der sich kaufen lässt, wird bestraft. Eigentlich selbstverständlich und schon längst überfällig: Die strafrechtliche Überarbeitung der Abgeordnetenbestechung. Bisher war nur der Stimmenverkauf und -kauf bei Wahlen und Abstimmungen strafbar, zukünftig ist auch der Kauf bzw. Verkauf anderer Verhaltensweisen während der Mandatsausübung strafbewehrt. Bestraft wird, wer für eine Gegenleistung einen „ungerechtfertigten Vorteil“ bietet oder annimmt. Nun kann auch endlich das UN-Übereinkommen gegen Korruption ratifiziert werden.



## Der Erwerbslosenausschuss von ver.di übergibt Ute Vogt Unterschriftensammlung

825 Unterschriften kamen zusammen mit der Forderung, die Sanktionen bei Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern auszusetzen. Bei der Übergabe an Ute Vogt wurden viele Argumente ausgetauscht, Kritik geäußert und Verbesserungsvorschläge gemacht.

Einig war man sich, dass betroffene junge Menschen besonderer Hilfe bedürfen. Für diejenigen unter 25 Jahren ist im Koalitionsvertrag vorgesehen, dass flächendeckend einzurichtende Jugendberufsagenturen die Leistungen bündeln und die jungen Erwachsenen gezielt Unterstützung bekommen.

## Besuch bei der Firma ETOGAS

Einen sehr interessanten Ansatz zur Umwandlung und Speicherung von überschüssigem Strom aus erneuerbaren Energien in Form von Erdgas bietet die Stuttgarter Firma ETOGAS. Eine erste kommerzielle Anlage bei Audi produziert bereits Erdgas für deren Erdgas-Fahrzeuge. Dabei wird Strom aus Leistungsspitzen erneuerbarer Energien und CO<sub>2</sub> aus einer Biogasanlage dazu verwendet, erneuerbares Methan zu erzeugen. Ein spannender Ansatz, um auch im Verkehrsbereich eine deutliche Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Belastung zu erzielen. Sehr gefreut haben sich die Vertreter der Firma ETOGAS darüber, dass das sogenannte Power-to-Gas-Verfahren auch im Koalitionsvertrag Erwähnung findet.

Foto: Dr. Roland Doll, Dipl.-Ing. Gregor Waldenstein, Ute Vogt, Stephan Rieke



### Mein Team in Stuttgart:

Claudia Eichert und Dr. Matthias Schrupf

Wilhelmsplatz 10  
70182 Stuttgart  
Tel: 0711 - 5188 90 10  
Fax: 0711 - 5188 90 20  
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

### Mein Team in Berlin:

Anne Martus und Sybille Thomas

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030 - 227 72894  
Fax: 030 - 227 76446  
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

